

Schunde Wwe. abgeschlossenen
Schunde und die entstehenden
tation zur Verfügung stehenden

gswahlen.

bahnen wird gewählt Herr S. Auhm
wählt Herr C. Brauns.

Tabakbesteuerung.

abgaben im Deutschen Reich seit 18
o daß ihr Ertrag seitdem von 235
n Mark gestiegen ist,
esteuerung die weitverzweigte und
Tabakindustrie schädigen muß,
eiligung ganz besonders hart

Senat seinen verfassungsmäßigen
t nur die höchst nachteilige Form
andere Erhöhung der Tabaksteuer

trag Tiedermann ab.
enat Kenntnis.

recht zur Bürgerschaft.

enden Anträge an eine Kommission
ttung. Sie ersucht den Senat, sich
lassen.

die Bürgerschaft betreffend, wie

50 Vertretern werden gewählt:

emen wohnenden Staatsbürgern, wel
Bildung erworben haben sowie
um Universitätsstudium berechtig
ig abgelegt und auf einer Univer
idestens sechs Semester
..... 8
che Mitglieder des Kauf-
..... 26
welche Mitglieder des
..... 12
welche wahlberechtigt für
sind 4
allgemeinen und direkten Wahlen
me an diesen Wahlen sind berech
en Staatsbürger. Von diesen

e. in der Stadt Bremen	78	Vertreter
f. im Landgebiet	8	"
g. in der Stadt Bremerhaven	10	"
h. in der Stadt Vegesack	4	"
	150	Vertreter

Die Bürgerschaft beauftragt die niederzusetzende Kommission mit der Prüfung der Frage, ob seit der Einführung des abgeänderten Gesetzes, betreffend Erwerbung des Bürgerrechtes, eine prozentuale Abnahme der Zahl der Bürger stattgefunden hat und welche Vorschläge gemacht werden können, um diese Abnahme zu verhindern.

Mitteilung des Senats

vom 31. Januar 1908.

1. Schärfere Bewachung des Freihafens.

Der Senat genehmigt die Anträge der Deputation für Häfen und Eisenbahnen und erklärt sich bereit, für den Fall, daß auch die Bürgerschaft diesen Anträgen zustimmt, die im Bericht erwähnte Änderung der Hafenordnung vorzunehmen.

2. Abänderung des Gesetzes vom 29. November 1894, betreffend die Krankenversicherung der Dienstboten.

Der Senat stimmt dem Beschlusse der Bürgerschaft vom 29. d. Mts. zu und hat wegen der Publikation des Gesetzes das Weitere veranlaßt.

3. Regulierung der Landwehrstraße.

Der Senat tritt dem Beschlusse der Bürgerschaft vom 29. d. Mts. bei.

4. Neue Krankenanstalt im Westen der Stadt.

Indem der Senat der Bürgerschaft den anliegenden Bericht der Deputation für die Krankenanstalt zugehen läßt, stimmt er seinerseits dem Antrage der Deputation mit der Maßgabe zu, daß die Mittel zum Erwerb der Grundstücke aus dem Fonds für außerordentliche Verwendungen zu entnehmen und diesem nach den von Senat und Bürgerschaft beschlossenen Grundsätzen aus dem laufenden Haushalte zu erstatten sind, und ersucht die Bürgerschaft, ihm zuzustimmen und ihren Beschluß vor dem 29. Februar d. J. zu fassen.

Bericht.

Anlage.

Schon im Jahre 1905 wies der Gesundheitsrat nach einer Revision der allgemeinen Krankenanstalt darauf hin, daß die Zeit nicht fern sei, zu der diese Anstalt nicht mehr vergrößerungsfähig sein werde, und daß daher auf die Errichtung einer zweiten allgemeinen Krankenanstalt Bedacht genommen werden müsse. Die Deputation ersuchte darauf den Gesundheitsrat um eine Äußerung über die Mindestgröße des

Areal für eine neue Krankenanstalt und über die Frage, ob im Falle der Errichtung einer solchen eine Verteilung der Kranken auf beide Anstalten nach Krankheitsarten sich empfehle. Die erste Frage beantwortete der Gesundheitsrat dahin, daß ein Areal von mindestens zehn Hektaren erforderlich sei. Zur zweiten Frage erklärte er, daß eine Scheidung nach Krankheitsgruppen zwischen der alten und der neuen Anstalt nur in beschränkter Weise vorzunehmen sein werde; unbedingt erforderlich seien für die neue Anstalt eine Abteilung für chirurgische Kranke im weitesten Sinne und eine solche für alle inneren Kranken mit Ausnahme von den an ansteckenden Krankheiten Leidenden und von gewissen Krankheitsgruppen (z. B. Hautkrankheiten, Augen-, Nasen-, Hals- und Ohrenleiden), weil für diese in der alten Anstalt nach Vollendung einiger Um- und Ergänzungsbauten die entsprechenden Einrichtungen in guter und noch für längere Zeit ausreichender Weise vorhanden seien, und weil sich eine solche Scheidung auch bei der Zuweisung durch die Privatärzte leicht durchführen lasse. Außer jenen beiden großen Abteilungen würden alsbald auch vorzusehen sein zwei kleinere für Schwangere und Wöchnerinnen und für Kinder.

Einen eingehenden Bericht über die Frage des Bedürfnisses einer zweiten Krankenanstalt erstattete sodann im Einverständnis mit den übrigen leitenden Ärzten der Krankenanstalt deren Direktor Dr. Stövesandt, dem folgendes entnommen ist:

„Die Zahl der unserer Krankenanstalt zugeführten Patienten hat sich in den letzten Jahren stetig vermehrt. Aus der folgenden Tabelle:

Jahr:	Aufnahmen:	Jahr:	Aufnahmen:
1852.....	1533	1877.....	1597
1857.....	1460	1882.....	1848
1862.....	2269	1887.....	2151
1867.....	2971	1892.....	4041
1872.....	2219	1897.....	3329
1898.....	3421	1903.....	5665
1899.....	3545	1904.....	6169
1900.....	4001	1905.....	6801
1901.....	4332	1906.....	7171
1902.....	4940		

welche die Aufnahmen eines Jahres mit Ausschluß der Geisteskranken von 1852, d. i. dem Gründungsjahre der Anstalt an bis 1906 bringt, folgt, daß zwar bis 1897 ein Auf- und Abwogen der Zahlen mit nur langsamer Steigerung stattfand, daß aber seit 1897 die Zunahme eine ganz stetige war. In den ersten 35 Jahren hat die Zahl der Aufnahmen nur um etwa $\frac{1}{3}$ zugenommen, in den ersten 45 Jahren hat sie sich verdoppelt, und in den letzten 10 Jahren hat sie sich wieder verdoppelt.

Aus einem Vergleich dieser Zahlen mit den Ziffern der Zunahme der Bevölkerung Bremens folgt das überraschende Ergebnis, daß während letztere ganz stetig fortschritt, die Zunahme der Inanspruchnahme der Krankenanstalt bis 1897 mit der Zunahme der Bevölkerung keineswegs gleichen Schritt hielt, dann aber viel schneller anstieg als diese, wie die folgenden Zahlen der Bevölkerung der Stadt Bremen und des Landgebiets beweisen:

1871.....	108 253	1890.....	160 185
1875.....	126 311	1895.....	174 329
1880.....	138 946	1900.....	200 624
1885.....	147 089	1905.....	232 380

die Frage, ob im Falle der Eröffnung
beide Anstalten nach Krankheitsfällen
er Gesundheitsrat dahin, daß ein An-
Zur zweiten Frage erklärte er, daß
der alten und der neuen Anstalt
e; unbedingt erforderlich seien für
Kranke im weitesten Sinne und
e von den an ansteckenden Krankheiten
z. B. Hautkrankheiten, Augen-, Hals-
alten Anstalt nach Vollendung einiger
Einrichtungen in guter und noch
en, und weil sich eine solche Schiedung
leicht durchführen lasse. Außer
auch vorzusehen sein zwei kleinere
r.

Frage des Bedürfnisses einer zweiten
dnis mit den übrigen leitenden Ärzten
sandt, dem folgendes entnommen

zugeführten Patienten hat sich in der
enden Tabelle:

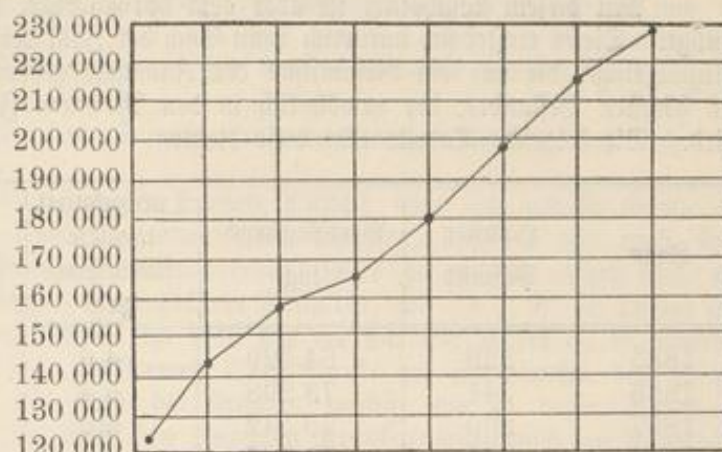
Jahr:	Aufnahmen:
1877.....	1597
1882.....	1848
1887.....	2151
1892.....	4041
1897.....	3329
1903.....	5665
1904.....	6169
1905.....	6801
1906.....	7171

schluß der Geisteskranken vom 1852
s 1906 bringt, folgt, daß zwar
nur langamer Steigerung statt
etige war. In den ersten 35 Jahren
zugenommen, in den ersten 45 Jahren
Jahren hat sie sich wieder verdoppelt
mit den Ziffern der Zunahme
Ergebnis, daß während letzterer
nahme der Krankenanstalt bis 1852
gleichen Schritt hielt, dann aber
Zahlen der Bevölkerung der Stadt

1890	160 185
1895	174 329
1900	200 624
1905	232 380

Durch die folgende graphische Darstellung wird das Ergebnis noch augenfälliger:
Bevölkerungszunahme im Stadt- und Landgebiet:

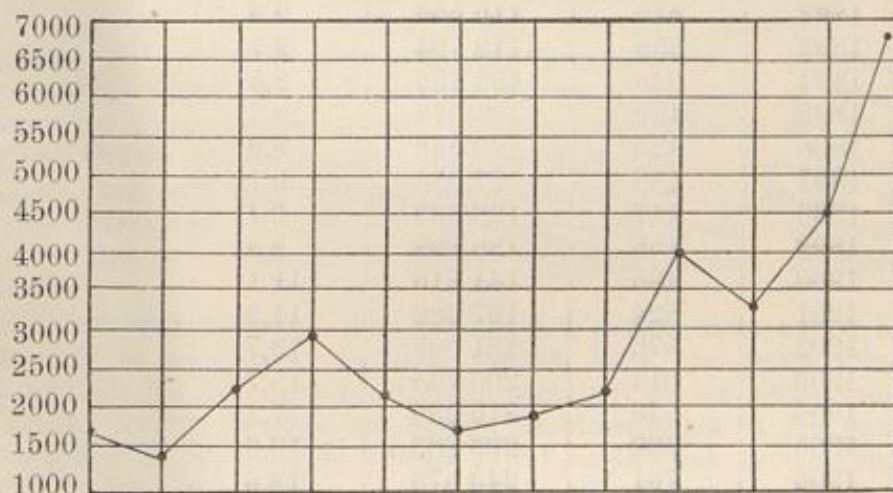
Bevölkerungszahl:



Jahreszahl: 1870. 75. 80. 85. 90. 95. 1900. 05.

Zunahme der Aufnahmen in der Krankenanstalt:

Aufnahmen:



Jahreszahl: 1852. 57. 62. 67. 72. 77. 82. 87. 92. 97. 1902. 05.

Die Differenz in den beiderseitigen Zunahmen hat verschiedene Gründe. Besonders die Zunahme der Fabriken in Bremen bedingt eine relative Vermehrung der in Krankheitsfällen auf das Krankenhaus angewiesenen Bevölkerung; die weitere Ausbildung des Krankenkassenwesens erleichterte diese Aufnahmen und die immer besser gewordenen Einrichtungen der Anstalt machen es der Bevölkerung mehr zur Gewohnheit, auch bei Krankheitsfällen, die früher in den Privathäusern behandelt wurden die Anstalt aufzusuchen. Im Interesse der Einschränkung von Krankheitsherden besonders bei Infektionskrankheiten und im Interesse der schnelleren Genesung der Kranken ist diese Zunahme als ein großer Fortschritt zu begrüßen. Da aber alle diese Ursachen in der nächsten Zeit zu wirken fortfahren werden, wird auch die Frequenzzunahme der Anstalt voraussichtlich die gleiche bleiben.

Die Krankenanstalt ist dieser vermehrten Inanspruchnahme nach Kräften gefolgt. Es sind neugebaut:

1890 das chirurgische Haus	mit 161 Betten
1897 Kontagienhaus I	" 29 "
1901 Kontagienhaus II	" 29 "
1904 Lastfuhhaus	" 58 "
1906 Umbau des St. Jürgen-Hofes	" 178 "
Summa 455 Betten	

Mit den im alten Hause, in den Döckerischen und Cholera-
baracken zur Disposition stehenden 328
erreicht daher die Zahl der zur Disposition stehenden Betten jetzt 783. "

Mit diesem Wachstum ist aber dem vorhandenen Bedürfnis schon jetzt nicht
genügt. Dieses richtet sich natürlich nicht nach der Zahl der Aufnahmen und der Ver-
pflegungstage, die nur ein Gesamtbild der Zunahme geben, sondern nach der Zahl
des höchsten Bestandes, der gewöhnlich in den Monaten Februar bis April erreicht
wird. Die folgende Tabelle gibt diese Zahlen.

Jahr	Höchster Bestand	Verpflegungstage	Durchschnittl. tägliche Aufnahme- zahl
1885	229	64 329	4,6
1886	241	73 298	5,4
1887	250	75 542	5,9
1888	270	83 207	6,3
1889	262	80 054	6,9
1890	338	93 925	7,7
1891	411	120 514	9,1
1892	375	110 556	9,3
1893	356	112 794	9,7
1894	348	105 120	8,5
1895	439	125 378	9,7
1896	423	123 668	8,9
1897	438	127 958	9,1
1898	447	138 669	9,4
1899	458	139 898	9,8
1900	496	141 216	11,1
1901	524	167 682	11,9
1902	576	181 005	13,7
1903	614	200 765	15,7
1904	649	210 239	17,1
1905	699	223 283	18,6
1906	761	243 578	19,6

Da auch beim höchsten Bestande nie alle Abteilungen gleich dicht belegt
sind, weil man die verschiedenen Kategorien der Kranken nicht mischen darf, z. B.
bei Überhandnahme der Zahl der Männer, die etwa zufällig weniger belegte
Scharlach- oder Wöchnerinnen-Abteilung nicht zur Hilfe heranziehen kann, so folgt,
daß bei einer Belegungszahl mit 761 schon eine ganz unerlaubte Überfüllung
einzelner Abteilungen stattfindet. In der Tat haben wir in den Winter- und
Frühjahrsmonaten besonders auf der Männerabteilung im alten und im chirurgischen
Hause schon jetzt bedenkliche Zustände gehabt. Die Krankenzimmer sind überfüllt
worden, oft so sehr, daß anstatt des geforderten Minimalraumes von 30 cbm nur
20 und noch weniger auf den Kranken kamen, und die Tages- und Toiletteräume
sind zur Aufstellung von Betten herangezogen, häufig zum Nachteile der Kranken.

Eine weitere Vermehrung der Gebäude ist nur noch in sehr beschränktem
Umfange auf dem jetzigen Terrain der Anstalt möglich. Im Bau ist das Haus
für Scharlachfranke mit 100 Betten,
der beschlossene Anbau an das chirurgische Haus bringt 45 " ,
dringend erforderlich ist und wird beantragt werden ein Haus für
syphilitische und hautkranke Männer zu 100 " ,
und ein Haus für Deliranten 40 " ,

Summa ... 285 Betten.

vorhandenen Bedürfnis schon jetzt
der Zahl der Aufnahmen und der
Monaten Februar bis April

durchschnittl.
tägliche
Aufnahme-
zahl

4,6
5,4
5,9
6,3
6,9
7,7
9,1
9,3
9,7
8,5
9,7
8,9
9,1
9,4
9,8
11,1
11,9
13,7
15,7
17,1
18,6
19,6

alle Abteilungen gleich dicht be-
r Kranken nicht mischen darf, z.
die etwa zufällig weniger be-
zur Hilfe heranziehen kann, so
eine ganz unerlaubte Überfüllung
haben wir in den Winter-
teilung im alten und im chirurgischen
Die Krankenzimmer sind überfüllt
Minimalraumes von 30 cbm
und die Tages- und Toiletten-
häufig zum Nachteil der Kranken
ist nur noch in sehr beschränkter
möglich. Im Bau ist das Haus
..... 100 Betten
s bringt 45
werden ein Haus für
..... 100
..... 40

Summa... 285 Betten

Das Haus für haut- und geschlechtskranke Männer ist auf dem südlichen Teile unseres an der Friedrich-Karlstraße gelegenen Terrains, das Delirantenhaus im Garten der männlichen Augenabteilung geplant. Dann bleibt nur noch hinter der Isolierbaracke II ein größerer Platz frei, welcher unseres Erachtens nur für Infektionskranke bebaut werden darf und auf dem bei etwaigen Epidemien Notbaracken aufgeschlagen werden müssen. Für weitere Gebäude größeren Umfangs ist kein Raum mehr da.

Durch Hinzukaufen das Terrain zu vergrößern, empfiehlt sich nicht aus zwei Gründen:

1) Es ist nicht wünschenswert, unsere Anstalt über eine gewisse Größe anzuwachsen zu lassen. Die Zahl von etwa 1000 Kranken, auf die wir nach Ausführung der geplanten Bauten kommen werden, sollte die höchste Ziffer sein, mit der man eine Anstalt belegt. Noch größere Anstalten, wie sie z. B. in Berlin und Hamburg existieren, werden sowohl im Bau wie im Betriebe teurer (z. B. kommen in Hamburg-Eppendorf 2,33, in Bremen 3,42 Kranke auf eine Person des Pflegepersonals, und je mehr die Zahl der Kranken wächst, um so mehr nimmt die Möglichkeit ab, im Massenbetriebe den einzelnen Kranken individuell zu behandeln.

2) Bei der weiten Ausdehnung unserer Stadt von Osten nach Westen bedürfen wir dringend einer Anstalt im Westen, da der Transport der Kranken sich immer schwieriger und für die Kranken gefährlicher gestaltet, je länger er dauert. Die in naher Aussicht stehende wesentliche Zunahme der Bevölkerung in der Gegend des Fabrikenhafens macht dort eine Krankenanstalt dringend notwendig, zumal gerade die Bevölkerungsschicht, auf die dort zu rechnen ist, der Anstaltsfürsorge in Krankheitsfällen am dringendsten bedarf, und Fabrikbetriebe vielfache Verletzungen im Gefolge haben, bei denen ein langer Transport unter Umständen lebensgefährlich ist. Wenn gar keine andere Gründe vorlägen, würde schon die Anlegung des Fabrikenhafens und die Tatsache, daß nach einer Wahrscheinlichkeitsrechnung für die Gegend von Gröpelingen und Oslebshausen in etwa 10 Jahren mit einem Bevölkerungszuwachs von 80 000 Menschen zu rechnen ist, die Anlage einer Krankenanstalt im Westen gebieterisch fordern.

Diese Anlage muß baldigst in Angriff genommen werden, wenn wir in der Krankenanstalt nicht in unerträgliche Notstände kommen sollen, die dahin führen könnten, daß zeitweilig die Aufnahme von Kranken verweigert werden müßte. Nach der obigen Tabelle hat die Zunahme des höchsten Krankenbestandes in den letzten 10 Jahren durchschnittlich 32 im Jahr betragen (1897 = 438 und 1906 = 761) und wir werden in den nächsten Jahren eher mit mehr als mit weniger zu rechnen haben. In vier Jahren wird unser höchster Bestand sicher 900 betragen. Das wird aber schon die Zahl der verfügbaren Betten übersteigen. Denn die oben genannten für die Krankenanstalt noch geplanten oder schon im Bau begriffenen Vergrößerungen betreffen nur den Ausbau der Spezial-Abteilungen für Scharlach, für Haut- und Syphilisaffektionen und für Deliranten. Sie decken nur einen kleinen Teil des Raumbedürfnisses. Der große Notstand auf der inneren und chirurgischen Station wird durch sie nicht gehoben. Drei bis vier Jahre müssen aber für die Bauzeit ins Auge gefaßt werden.

Die neue Anstalt im Westen wird im Gesamtplan sofort als Vollanstalt angelegt werden müssen, so daß sie in Zukunft allen Anforderungen einer städtischen Krankenanstalt genügen kann. Nur wenige Kategorien von Kranken, wie z. B. die die von der Polizei eingelieferten Prostituierten, Gefangene und seltene Infektionskrankheiten, wie Pest und dergleichen wird man dauernd von ihr ausschließen können. Aber es wird nicht nötig sein, für alle Spezialfächer sofort die nötigen Einrichtungen zu schaffen und dieselbe Zahl von Spezialärzten anzustellen, wie in der jetzigen Krankenanstalt. Die weitere Ausbildung der Spezialabteilungen ist gerade die Aufgabe gewesen, die im letzten Jahrzehnt in der Krankenanstalt gelöst werden mußte und zum Teil noch zu lösen ist. In diesen Fächern werden wir noch einige Zeit dem Bedürfnisse genügen können, dagegen wird für medizinische und chirurgische Kranke sofort im Westen gesorgt werden müssen.

Auch werden die Zentralgebäude, Verwaltungshaus, Küche, Maschinenhaus usw. von Anfang an mit Rücksicht auf den Vollbetrieb anzulegen sein. Die vielen dabei in Betracht kommenden Fragen im einzelnen zu erörtern wird Aufgabe des Gesundheitsrats und der Ärzte der Krankenanstalt sein, und ich ersuche, diese gemeinschaftlich damit zu beauftragen, sobald die Pläne für das in Frage kommende Terrain vorliegen. Wenn diese Vorfragen gelöst sind, wird die Bearbeitung der Baupläne zweckmäßig unter Mitwirkung des Arztes geschehen, der die Anstalt später leiten soll, wie es beim Bau des St. Jürgen-Asyls in Ellen gemacht ist und sich bewährt hat."

Zu diesem im Frühjahr 1907 geschriebenen Bericht ist ergänzend zu bemerken, daß das Haus für Scharlachfranke mit 100 Betten inzwischen fertig gestellt und in Benutzung genommen und daß der Anbau des chirurgischen Hauses im Laufe dieses Jahres fertig werden wird.

Die Deputation hat sich durch die Darlegungen ihrer sachverständigen Berater von dem Bedürfnis einer zweiten allgemeinen Krankenanstalt sowie davon überzeugt, daß mit den Schritten zur Erfüllung dieses Bedürfnisses trotz der damit verbundenen erheblichen Kosten nicht länger gezögert werden darf, wenn nicht nach einigen Jahren die Unterbringung der Kranken, welche der Anstaltsbehandlung bedürfen, auf bedenkliche Schwierigkeiten stoßen soll.

Auch darin war die Deputation mit ihren Sachverständigen einig, daß der geographischen und wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt entsprechend die neue Anstalt ihre Lage im Westen der Stadt finden müsse. Die Bemühungen der Deputation um Gewinnung eines geeigneten Areals sind sehr langwierige und schwierige gewesen. Von mehreren in Aussicht genommenen Landflächen mußte Abstand genommen werden, weil sie für andere öffentliche Anlagen in Frage kamen oder diesen doch so nahe lagen, daß die Errichtung einer Krankenanstalt auf ihnen nicht ratsam erschien; andere Grundstücke erwiesen sich als ungeeignet wegen zu tiefer oder ungeschützter Lage, oder wegen mangelhaften Baugrundes oder zu weiter Entfernung von der Stadt oder wegen der Wahrscheinlichkeit, daß die umgebenden Flächen bald mit Fabriken oder Straßen und Wohnungen bebaut werden würden; bei einigen wurden auch durchaus unangemessene Preise gefordert. Endlich ist es gelungen, das auf der anliegenden Zeichnung des Katasteramtes grün umrandete Areal in der Feldmark Grambke bis Ende Februar d. J. durch an der Regierungskanzlei vollzogene Verträge an die Hand zu nehmen. Dasselbe ist 11 ha 39 a 9 qm oder 44,295 bremische Morgen groß und besteht aus 42 Katasterparzellen, welche 22 verschiedenen Eigentümern gehören. Der bei weitem größte Teil des Areals ist Ackerland, ein kleiner Teil Wiesenland und Wege. Das Ganze hat eine gute Form, mehrere Zuwege und grenzt in einer Länge von etwa 180 m an die Chaussee nach Burg und in nördlicher Richtung an den Smidtschen Park; eine Bebauung des umliegenden Areals ist für absehbare Zeit nicht wahrscheinlich. Das Land ist Geestland und wird nur an kleinen Stellen einer geringen Aufhöhung bedürfen; der Boden besteht, wie eine amtliche Untersuchung an sieben Stellen ergeben hat, bis zu 3 m Tiefe fast ausschließlich aus Sand, ist also durchweg tragfähiger Baugrund. Auch ist anzunehmen, daß wie auf den benachbarten Hofstellen gutes Brunnenwasser auf dem Gelände zu finden ist. Der Aufhebung des daselbst durchschneidenden Weges, der dem Eigentume nach zu den angrenzenden Parzellen gehört, steht nach der Erklärung der Landgemeinde Grambke nichts entgegen. Die an die Chaussee grenzenden Grundstücke mit zu erwerben, empfahl sich trotz der höheren Preise; sollte sich nach Feststellung des Bauprogramms ergeben, daß die Baupläne an der Chaussee wieder verkauft werden können, so kann die Bebauung derselben mit für die Krankenanstalt nicht erwünschten Anlagen verhindert werden. Die Entfernung des Areals von der Stadt ist bei der guten Verbindung mit dieser und der rasch fortschreitenden Ausdehnung der Stadt in nordwestlicher Richtung nicht zu groß.

Die Kaufpreise sind mit den nachbenannten Eigentümern nach langem Handeln vereinbart auf

191
werd
soll

dieje

29.
Erb
die

Be
und

ltungshaus, Küche, Maschinenhaus
rieb anzulegen sein. Die vielen
en zu erörtern wird Aufgabe
alt sein, und ich ersuche, diese geme
Pläne für das in Frage kommen
stfind, wird die Bearbeitung der
es geschehen, der die Anstalt
-Myls in Ellen gemacht ist und

enen Bericht ist ergänzend zu bemer
Betten inzwischen fertig gestellt und
chirurgischen Hauses im Laufe die

Darlegungen ihrer sachverständigen
lgemeinen Krankenanstalt sowie
g dieses Bedürfnisses trotz der
zögert werden darf, wenn nicht
ifen, welche der Anstaltsbehandl
soll.

hren Sachverständigen einig, daß
g der Stadt entsprechend die
iden müsse. Die Bemühungen
Arealis sind sehr langwierige
cht genommenen Landflächen
öffentliche Anlagen in Frage
tung einer Krankenanstalt auf
en sich als ungeeignet wegen zu
n Baugrundes oder zu weiter
hrscheinlich, daß die umgeben
Wohnungen bebaut werden würd
ne Preise gefordert. Endlich
des Katasteramtes grün umrand
uar d. J. durch an der Regierun
nen. Dasselbe ist 11 ha 39 a 9 q
eht aus 42 Katasterparzellen, we
ei weitem größte Teil des Areals
ge. Das Ganze hat eine gute
etwa 180 m an die Chaussee
idtschen Park; eine Bebauung
nicht wahrscheinlich. Das Land
er geringen Aufhöhung bedürfen; d
n sieben Stellen ergeben hat, bis
so durchweg tragfähiger Baugru
arten Hoffstellen gutes Brunnenn
bung des dasselbe durchschneide
nzen Parzellen gehört, steht
ts entgegen. Die an die Chaus
ahl sich trotz der höheren Prei
ergeben, daß die Baupläge an
an die Bebauung derselben mit
verhindert werden. Die Entfer
Verbindung mit dieser und der
estlicher Richtung nicht zu groß
en Eigentümern nach langem

4000 M für den Morgen bei den Parzellen

Kat.-Nr.	I. 110, 123, 137, 139, groß 107 a 80 qm (Friedrich Schwartzes).
" "	I. 111, 120, 124, groß 97 a 52 qm (Diederich Wischhusen).
" "	I. 112, 130, groß 71 a 91 qm (Johann Gieschen).
" "	I. 113, groß 48 a 97 qm (J. G. F. Buschmann).
" "	I. 115, 117, groß 48 a 70 qm (H. G. Wahls und H. Ketting Ehefrau).
" "	I. 116, 122, groß 25 a 85 qm (Berend Kaemena).
" "	I. 118, 133, 136, groß 52 a 71 qm (Hinrich Gieschen).
" "	I. 119 A, groß 23 a 56 qm (Diedrich Hägermann).
" "	I. 119 B, groß 23 a 57 qm (Hinrich Pieper).
" "	I. 121, groß 23 a 30 qm (Bernhard Meyer).
" "	I. 125, groß 24 a 84 qm (Friedrich Wischhusen).
" "	I. 126, groß 37 a 08 qm (Lür Schmidt).
" "	I. 127, 132, groß 57 a 57 qm (Martin Schwartzes).
" "	I. 128, 129, groß 36 a 56 qm (Hermann Gördts).
" "	I. 131, groß 33 a 01 qm (Hermann Meyer).
" "	I. 134, 144 F, groß 86 a 03 qm (Fritz Biermann).
" "	I. 135, groß 28 a 19 qm (Bernhard Brüggemann).
" "	I. 138, groß 26 a 30 qm (Hermann Humann).
" "	I. 145 A A ein Teil, 144 E, groß 51 a 18 qm (Gemeinde Grambke).

4500 M für den Morgen bei den Parzellen

Kat.-Nr.	I. 140, 145 V, groß 33 a 86 qm (Garlich Rulfs).
" "	I. 141, groß 15 a 97 qm (H. G. Wahls und H. Ketting Ehefrau).
" "	I. 142, groß 19 a 72 qm (Berend Kaemena).
" "	I. 145 W, groß 1 a 20 qm (Fritz Biermann).

6000 M für den Morgen bei den Parzellen

Kat.-Nr.	I. 143, 144 D, groß 76 a 89 qm (Johann Gieschen).
" "	I. 144 B, groß 44 a 90 qm (Chr. F. W. Schnier).
" "	I. 144 C, groß 41 a 90 qm (D. Chr. Pieper).

Die Preise sind als angemessen zu bezeichnen. Der Gesamtpreis ist auf 191 284 M berechnet. Sämtliche Kosten des Verkaufs einschließlich Maklerprovision werden von den Kontrahenten je zur Hälfte getragen. Die Lieferung der Grundstücke soll am 10. November d. J. erfolgen.

Der Gesundheitsrat und die ärztlichen Mitglieder der Deputation halten mit dieser das Areal für geeignet und gut gelegen.

Die Deputation beantragt hiernach, Senat und Bürgerschaft wollen vor dem 29. Februar d. J. den Ankauf der bezeichneten Grundstücke zum Zwecke der Erbauung einer zweiten allgemeinen Krankenanstalt auf denselben genehmigen und die erforderlichen Mittel im Betrage von 200 000 M bewilligen.

Bremen, den 23. Januar 1908.

Die Deputation für die Krankenanstalt.

(gez.) Stadtländer.

(gez.) Emil Plate.

5. Krematorium.

Die Deputation für die Friedhöfe hat über diesen Gegenstand den beifolgenden Bericht erstattet. Der Senat stimmt den Anträgen der berichtenden Deputation zu und ersucht die Bürgerschaft, ihm darin beizutreten.

Anlage.

Bericht.

Der Verein für Feuerbestattung (E. V.) hat der Deputation für die Friedhöfe angezeigt, daß er bereit sei, die Kosten eines zweiten VerbrennungsOfens bis zum Höchstbetrage von 15 000 M zu übernehmen. Nach einem Bericht der Hochbauinspektion reicht diese Summe für den Zweck aus und gestattet auch noch, die gußeisernen Rohre des vorhandenen Ofens durch Chamottekanäle zu ersetzen. Diese Verbesserung, die bei dem neuen Ofen sogleich angebracht werden soll, ist sehr erwünscht, weil bei der starken Benutzung des Krematoriums die gußeisernen Rohre infolge natürlicher Abnutzung schon mehrfach haben repariert werden müssen. Der vorhandene Ofen, ein Erzeugnis der Gebrüder Beck in Offenbach am Main, hat sich im übrigen durchaus bewährt, und der neue Ofen soll daher nach demselben System gebaut werden.

Die Deputation für die Friedhöfe hat das Anerbieten des Vereins für Feuerbestattung mit Dank begrüßt und bittet Senat und Bürgerschaft, es ebenso anzunehmen. Ein zweiter VerbrennungsOfen, für den der Raum vorgesehen ist, ist in der Tat ein dringendes Bedürfnis. Die Zahl der Einäscherungen ist bis zum 28. Januar 1908 bereits auf 174 gestiegen, und wenn die Anmeldungen auch bisher zur Not mit einem Ofen haben erledigt werden können, so ist es doch, namentlich bei der starken Abnutzung, der ein Ofen bei so häufigem Gebrauch unterliegt, sowohl aus praktischen Gründen wie mit Rücksicht auf das die Feuerbestattung begehrende Publikum notwendig, einen zweiten Ofen zur Verfügung zu haben. In der Erwartung, daß Senat und Bürgerschaft kein Bedenken tragen werden, die Schenkung des Vereins für Feuerbestattung anzunehmen, hat die unterzeichnete Deputation im Einvernehmen mit der Baudeputation den Auftrag zur Anschaffung des Ofens bereits erteilen zu dürfen geglaubt, um dem hervorgetretenen Bedürfnis so rasch wie möglich abzuhelpfen.

Bei dieser Gelegenheit gestattet sich die Deputation, mitzuteilen, daß sie wegen der großen Zahl der Einäscherungen und der durch die Erhebung der Gebühr von 50 M erzielten Überschüsse zum Budget beantragt hat, die Gebühr auf 30 M zu ermäßigen. Zur Zeit dieses Antrages betrugen die Überschüsse etwa 1700 M. Inzwischen sind sie auf etwa 3600 M angewachsen.

Es würde der Deputation erwünscht sein, wenn sich Senat und Bürgerschaft über diesen Antrag schon jetzt schlüssig machten, damit die ermäßigte Gebühr zum 1. April eingeführt werden kann. Durch diese Beschlußfassung dürfte die der Deputation durch Beschluß von Senat und Bürgerschaft vom 19./9. Februar 1907 (Verhdlg. S. 123, 115) auferlegte Berichterstattung erledigt sein.

Die Deputation für die Friedhöfe beantragt:

- 1) das Anerbieten des Vereins für Feuerbestattung (E. V.), die Kosten eines zweiten VerbrennungsOfens bis zum Höchstbetrage von 15 000 M zu übernehmen, anzunehmen und die Baudeputation, Abteilung Hochbau, mit dem Einbauen des Ofens zu beauftragen, auch die Bestellung des Ofens nachträglich zu genehmigen;
- 2) die Gebühr für die Einäscherung einer Leiche vom 1. April 1908 ab auf 30 M festzusetzen;
- 3) den der Deputation am 19./9. Februar 1907 (Verhdlg. S. 123, 115) erteilten Auftrag, nach Ablauf von zwei Jahren darüber zu berichten, inwieweit eine Ermäßigung der Einäscherungsgebühr stattfinden könne, für erledigt zu erklären.

Bremen, den 29. Januar 1908.

Die Deputation für die Friedhöfe.

(gez.) **Nebelthau.** (gez.) **H. Nagel.**

hat der Deputation für die Feuer-
es zweiten Verbrennungssofens be-
n. Nach einem Bericht der Hoch-
aus und gestattet auch noch, die
Chamottekanäle zu ersetzen. Die
angebracht werden soll, ist im
ematoriums die gußeisernen Rohre
den repariert werden müssen. Der
in Offenbach am Main, hat sich
soll daher nach demselben System

Anerbieten des Vereins für Feuer-
Bürgerchaft, es ebenso anzunehmen.
n vorgesehen ist, ist in der Zu-
ngen ist bis zum 28. Januar 1908
ngen auch bisher zur Not mit-
s doch, namentlich bei der starken
unterliegt, sowohl aus praktischen
g begehrende Publikum notwendig
der Erwartung, daß Senat und
henkung des Vereins für Feuer-
tation im Einvernehmen mit der
Ofens bereits erteilen zu dürfen.
rasch wie möglich abzuheben.
Deputation, mitzuteilen, daß sie
durch die Erhebung der Gebühr
ragt hat, die Gebühr auf 30 M.
die Überschüsse etwa 1700 M.
Wenn sich Senat und Bürgerchaft
umit die ermäßigte Gebühr zum
Beschlusfassung dürfte die der
chaft vom 19./9. Februar 1907
ig erledigt sein.

rbestattung (E. B.), die Kosten
im Höchstbetrage von 15 000 M.
Baudeputation, Abteilung Hoch-
beauftragen, auch die Bestellung

Leiche vom 1. April 1908 ab

uar 1907 (Verhdlg. S. 123,
n zwei Jahren darüber zu be-
Einäschungsgebühr stattfinden

für die Friedhöfe.

(gez.) **N. Nagel.**

6. Neubau des Stadthauses (Archiv).

Die Baudeputation, Abteilung Hochbau, hat über den in der Überschrift bezeichneten Gegenstand einen Bericht erstattet, den der Senat der Bürgerchaft unter Vorbehalt seiner Erklärung zur Beschlusfassung hierneben zugehen läßt.

Bericht.

Anlage

Wie aus dem beifolgenden Grundriß hervorgeht, steht von dem Portal des Archivs eine 38 cm Durchmesser große Säule auf Straßengrund und überschreitet das Portal des Standesamts die Straßenlinie um 40 cm. Beide Abweichungen von der Vorschrift des § 29 der Bauordnung sind zwar aus dem am 9. September 1907 (Verhdlg. S. 1003) vorgelegten Projekt ersichtlich und bei dessen Genehmigung auch nicht beanstandet worden. Da indessen nicht ausdrücklich darauf hingewiesen war, so hält die Baudeputation es für richtig, dies nachzuholen.

Beide Abweichungen scheinen unbedenklich zu sein. Beim Archiv handelt es sich um eine offene Vorhalle, deren Fußboden mit dem Fußsteige gleich hoch liegt, so daß die Vorhalle als Verbreiterung des Fußsteiges gelten kann. Beim Standesamt erscheint es aus praktischen und ästhetischen Rücksichten als geboten, den Eingang kräftig hervorzuheben, und diese Hervorhebung dürfte bei der Breite des Fußsteiges von nicht unter 2,80 m dem Verkehr nicht hinderlich sein.

Die Regulierungsdeputation hat sich mit der vorgesehenen Anordnung der Portale einverstanden erklärt.

Hiernach beantragt die Baudeputation, Abteilung Hochbau, zu genehmigen, daß die Portale des Archivs und Standesamts, wie im genehmigten Projekt vorgesehen, teilweise auf Straßengrund hergestellt werden.

Bremen, den 28. Januar 1908.

Die Baudeputation, Abteilung Hochbau.

(gez.) **Rebelthau.** (gez.) **Wuppelahl.**

7. Aufbau der Seefahrtsschule.

Die Baudeputation, Abteilung Hochbau, hat über den Aufbau der Seefahrtsschule einen Bericht erstattet, den der Senat unter Vorbehalt seiner Erklärung der Bürgerchaft zur Beschlusnahme hierneben übersendet.

Bericht.

Anlage.

Auf den Antrag der Behörde für die Seefahrtsschule hat die Baudeputation, Abteilung Hochbau, das beifolgende generelle Projekt für einen Aufbau der Seefahrtsschule ausarbeiten lassen: 7 Blatt Zeichnungen, Baubeschreibung und Kostenüberschlag. Sie übergibt ferner den Bericht, den die Behörde für die Seefahrtsschule zur Nachweisung des Bedürfnisses erstattet hat, und beantragt, das vorgelegte generelle Projekt zu genehmigen und ihr den Auftrag zu erteilen, auf Grund dieses generellen Projektes das spezielle nebst speziellem Kostenanschlag vorzulegen.

Bremen, den 28. Januar 1908.

Die Baudeputation, Abteilung Hochbau.

(gez.) **Rebelthau.** (gez.) **Wuppelahl.**

Unteranlage 1.

Baubeschreibung.

Die Seefahrtsschule soll zur Vermehrung ihrer Räume um ein Stockwerk erhöht und die Wohnung für den Schuldiener vergrößert werden. Aus den beiliegenden 7 Blatt Zeichnungen geht die Anordnung der Räume und deren Aufbau hervor.

Die Möglichkeit einer Erweiterung der Seefahrtsschule ist bei der Planbearbeitung nach allen Seiten hin geprüft worden. Insbesondere ist, mit Rücksicht auf den nicht ganz einwandfreien baulichen Zustand der Schule die Frage, ob ein Anbau oder ein Ausbau auszuführen sei, durch mehrere Projekte zu lösen versucht worden.

Die Baudeputation, deren sachverständige Mitglieder den baulichen Zustand der Seefahrtsschule geprüft haben, hat sich schließlich, namentlich wegen der geringeren Kosten für einen Ausbau entschieden.

Durch den Ausbau, der im wesentlichen den Grundriß des ersten Obergeschosses wiederholt, dabei aber den Turm- und Bibliotheksanbau liegen läßt, werden 6 Klassenräume gewonnen. Da zurzeit 5 Klassenräume genügen, so kann dem Wunsch des Direktors nach einer Vergrößerung seines Dienstzimmers dadurch entsprochen werden, daß irgend eine passend gelegene Klasse des ersten Obergeschosses durch Einziehen einer Trennungswand zum Direktorzimmer mit Vorzimmer gemacht wird. Das bisherige Dienstzimmer würde dann zur Wohnung des Direktors hinzugezogen werden können.

Die Wohnung des Schuldieners im Erdgeschoß wird beibehalten. Sie wird aber durch eine Neueinteilung wohnlicher und durch Heranziehung einiger Räume des Kellergeschosses geräumiger gestaltet werden.

Das jetzige Dach wird entfernt. Das neue Stockwerk erhält eine Holzbalkenlage mit Schalung, Einschieb, Holzfußboden und darüber einen neuen höheren Dachstuhl mit kräftiger Lüftungshaube, was dem Aussehen des Gebäudes zum Vorteil gereichen wird. Das Dach soll wie das vorhandene mit Schiefer gedeckt werden. Die Fassade wird dem Unterbau entsprechend in schlichter Weise mit Zementputz in sparsamer Gliederung abzurufen sein.

Die neuen Klassenräume werden wie die vorhandenen mit Linoleum belegt. Die Treppe zum II. Obergeschoß wird als Eichenholztreppe weitergeführt.

An Stelle der Ofenheizung soll das ganze Gebäude mit einer Niederdruckdampfheizung versehen werden, für welche im Kellergeschoß geeignete Räume eingerichtet werden. Die Gas- und Wasserleitung wird den Bedürfnissen entsprechend erweitert werden.

Der Schulbetrieb wird sich im ersten Obergeschoß während der Bauzeit schwerlich aufrecht erhalten lassen.

Die Baukosten stellen sich laut anliegenden Überschlages auf 95 000 Mk.

Bremen, den 23. Januar 1908.

Die Hochbauinspektion.

J. B.

(gez.) **Ohnesorge.**

Einverstanden

den 25. 1. 08.

Der Oberbaudirektor.

(gez.) **Büding.**

Unteranlage 2.

Bericht der Behörde für die Seefahrtsschule.

Der Besuch der Seefahrtsschule hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Diese Zunahme erklärt sich zum Teil aus der Vermehrung der Steuerleute im Nordseegebiet, zum Teil aus einem besonderen Zudrange zur

Vermehrung ihrer Räume um ein Schuldiener vergrößert werden. Die Ordnung der Räume und deren Aufteilung der Seefahrtsschule ist bei der geworden. Insbesondere ist, mit dem Zustand der Schule die Frage, ob ein mehrere Projekte zu lösen versucht werden. Verständige Mitglieder den baulichen schließlich, namentlich wegen der geringen

entlichen den Grundriß des ersten und Bibliotheksanbau liegen läßt, wo Klassenräume genügen, so kann eine seiner Dienstzimmer dadurch gelegene Klasse des ersten Obergeschosses Direktorzimmer mit Vorzimmer dann zur Wohnung des Direktors

Erstgeschosß wird beibehalten. Zu und durch Heranziehung einiger

neue Stockwerk erhält eine Holz- und darüber einen neuen höheren Dach des Gebäudes zum Vorteil gegen Schiefer gedeckt werden. Die Weise mit Zementputz in

die vorhandenen mit Linoleum be- richenholztreppe weitergeführt.

ganze Gebäude mit einer Nieder- im Kellergehosß geeignete Räume wird den Bedürfnissen entsprechen

in Obergehosß während der Bau

den Überschlages auf 95 000 M.

Die Hochbauinspektion

J. B.

(gez.) Ohnesorge.

Seefahrtsschule.

in den letzten Jahren erheb- in Teil aus der Vermehrung einem besonderen Zudrange

bremischen Schule. Es lassen sich hierbei für die Zeit vom Jahre 1890 an drei verschiedene Abschnitte erkennen; der durchschnittliche Besuch der Seefahrtsschule betrug von

1890 bis 1897	60,4	Schüler
1898 „ 1903	84,5	„
1904 „ 1906	139,0	„

wobei die letzte Vermehrung zum Teil auf die Einrichtung des Sonderkurses für die Kadetten des Norddeutschen Lloyd zurückzuführen ist. Im Budgetjahre 1906 betrug die Zahl der Schüler 146.

Die überwiegende Mehrzahl der Schüler bleibt nach bestandener Prüfung im Dienste bremischer Reedereien.

Die Folge dieser größeren Schülerzahl ist die, daß die Steuermannskurse wiederholt von etwa 30 Schülern besucht wurden. Hierdurch ist aber der Unterricht überaus erschwert und beeinträchtigt, weil er vielfach ein persönlicher sein muß und z. B. bei den Aufgaben an der Seekarte, beim Beobachten auf der Terrasse, beim Unterricht in den Kompaßfragen, bei den Vorführungen in der Physik bei einer so großen Anzahl von Schülern nur unvollkommen ausgeführt werden kann.

Wenn der Wunsch nach einer Verringerung der Schülerzahl in einer Klasse eine Vermehrung der Kurse und damit der Lehrzimmer nach sich ziehen muß, so sind für eine Vergrößerung der Schule auch noch andere Gründe maßgebend.

Die Einrichtung der Sonderkurse der Kadetten des Norddeutschen Lloyd war nur durchzuführen dadurch, daß das bis dahin als Prüfungszimmer verwandte Klassenzimmer für den erwähnten Zweck hergerichtet wurde. Bei der Häufigkeit der abzunehmenden Prüfungen, die während des Unterrichtes in den übrigen Klassen abgenommen werden, ist auf die Dauer ein geeigneter und würdiger Raum für die Abnahme der Prüfungen nicht zu entbehren.

Das einzige Besteckzimmer zur Anfertigung der Arbeiten an der Seekarte gestattet nur das gleichzeitige Arbeiten von 12 Schülern. Bei der großen Zahl der Schüler und der beabsichtigten Vermehrung der Kurse wird die Einrichtung eines zweiten Besteckzimmers zur Durchführung des Unterrichtes und zur Ermöglichung der freiwilligen Übungen unabweisbar.

Die Behandlung aller Kompaßfragen hat in den Prüfungen und dementsprechend im Unterricht berechtigter Weise eine immer noch zunehmende Bedeutung gefunden. Für diesen Unterricht sind besondere Instrumente und Einrichtungen erforderlich, deren Unterbringung zum Zwecke der Benutzung im Unterricht einen neuen Raum erfordert.

Mit der Vermehrung der Steuermannsschüler wird von jetzt ab besonders durch die Kadetten des Norddeutschen Lloyd auch eine erhebliche Vermehrung der Schifferschüler eintreten. Es ist daher nicht nur die Zahl der Steuermannsklassen, sondern auch die der Schiffersklassen zu vermehren.

Ferner ist das zur Wohnung des Direktors gehörige Sprechzimmer bei der zunehmenden Beanspruchung der Sprechstunden nicht mehr ausreichend und besonders macht sich der Mangel eines Vorzimmers überaus bemerkbar, da jetzt häufig wartende Parteien auf dem zugigen Vorplage sich aufhalten müssen, falls sie nicht in das Lehrersprechzimmer gewiesen werden können.

Endlich ist die Wohnung des Schuldieners, die den Raum eines Klassenzimmers umfaßt, bei der aus dem Ehepaar und drei Kindern bestehenden Familie nicht ausreichend.

Die Möglichkeit, die erforderlichen Räume durch die Aufgabe der Dienstwohnung des Direktors zu erzielen, ist einmal deshalb nicht durchführbar, weil diese Wohnung bei weitem nicht die erforderliche Zahl von Zimmern ergeben würde. Dann ist aber unter Hinweis auf die von der Bürgerschaft anerkannten Gründe bei Gelegenheit des im Jahre 1897 vorgenommenen Anbaues an die Wohnung zu betonen, daß für die besondere Art des Betriebes in der Seefahrtsschule die möglichst dauernde Anwesenheit eines mit voller Autorität ausgestatteten Lehrers unbedingt erforderlich ist. Die Unterrichtsstunden beginnen um 8 oder 9 Uhr morgens, sie

dauern infolge der Lehrtätigkeit der Fachlehrer und der Ärzte bis 6 oder 7 $\frac{1}{2}$ Uhr abends. Vor und nach diesen Unterrichtszeiten, wie in der Mittagspause verkehren die Schüler zu den astronomischen Beobachtungen, zur Erledigung der Aufgaben an den Seekarten oder an den Kompaßmodellen dauernd im Schulgebäude, und gerade für diese Zeit ist die Anwesenheit eines gelegentliche Kontrolle führenden Lehrers notwendig.

Die Einrichtung einer Zentralheizung ist wegen der andauernden Ärgernisse mit der Ofenheizung dringend erwünscht.

Bremen, den 13. Dezember 1907.

Die Behörde für die Seefahrtsschule.

(gez.) **Barthausen.**

(gez.) **Fr. Neß jr.**

8. Löschbrücke am Hohentorshafen.

Die Deputation für Häfen und Eisenbahnen hat über diesen Gegenstand einen Bericht erstattet, den der Senat der Bürgerschaft unter Vorbehalt seiner Erklärung zur Beschlußfassung hierneben zugehen läßt.

Anlage.

Bericht.

In dem anliegenden Berichte, dem eine Zeichnung, ein Kostenanschlag und eine Massenberechnung beigelegt sind, wird von Baurat Sinzig die seitens der Firma Carl Finke & Bünemann beantragte Herstellung einer Löschbrücke vor den Lagerplätzen Nr. V bis VII am Hohentorshafen befürwortet und begründet. Bei einer Länge von 110 m und einem Herstellungspreis von rund 500 M für das laufende Meter stellen sich die Kosten auf 55 000 M. Hiervon entfallen rund 10 000 M auf die erforderlichen Presspfähle.

Die genannte Firma hat sich auf Anfordern der Deputation bereit erklärt, die Kosten der Löschbrücke abzüglich der Kosten für die Presspfähle mit 4 $\frac{1}{2}$ v. H. zu verzinsen mit der Maßgabe, daß, wenn der Staat im Jahre 1908 eine vierprozentige Anleihe zu mindestens pari aufnimmt, dann für die Zeit nach 1908 eine Ermäßigung des Zinsfußes auf 4 v. H. einzutreten hat.

Hierzu ist einmal zu bemerken, daß auch bei den übrigen Löschbrücken am Hohentorshafen die Presspfähle als zur Ausrüstung des Hafens gehörig betrachtet wurden und deshalb ihre Kosten in die von den Platzmietern zu verzinsende Summe nicht eingerechnet sind. Sodann mußte der Satz von 4 $\frac{1}{2}$ % mit Rücksicht auf den gegenwärtigen hohen Zinsfuß verlangt werden; es schien aber in der Billigkeit zu liegen, den Zinsfuß auf 4 v. H. zu reduzieren für den Fall, daß der Staat im laufenden Jahr eine vierprozentige Anleihe zu mindestens pari aufnimmt.

Die Deputation beantragt,

die Ausführung der Löschbrücke zu genehmigen und den hierfür erforderlichen Betrag von 55 000 M auf das Separatbudget für außerordentliche Verwendungen zu bewilligen.

Bremen, den 29. Januar 1908.

Die Deputation für Häfen und Eisenbahnen.

(gez.) **Barthausen.**

(gez.) **Arug.**

Unteranlage.

Bericht des Baurats Sinzig.

Nachdem vor fast sämtlichen Holzlagerplätzen am südlichen Ufer des Hohentorshafens Löschbrücken errichtet worden sind, stellt nunmehr die Firma Carl Finke & Bünemann den Antrag, auch vor ihren Lagerplätzen Nr. V bis VII auf der gegenüberliegenden Hafenseite eine Löschbrücke herzustellen.

Für die Begründung dieses Antrags sind dieselben Erwägungen maßgebend, die im Jahre 1904 zur Bewilligung der Kosten für die damals beantragten Strecken

eben Erwägungen maßgebend,
e damals beantragten Streden

*) Kostenanschlag und Massenberechnung sind an der Kanzlei des Bürgeramts ausgelegt.

25*

9. Ergänzung der Verkehrseinrichtungen des Zollausschlußgebiets.

Über diesen Gegenstand hat die Deputation für Häfen und Eisenbahnen einen Bericht erstattet, den der Senat der Bürgerschaft unter Vorbehalt seiner Erklärung zur Beschlußfassung hierneben übersendet.

Anlage.

Bericht.

Nach Mitteilung der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft haben die zurzeit vorhandenen zwanzig offenen Eisenbahngüterwagen (Arbeitswagen) der bremischen Verwaltung schon im vorigen Winter den Anforderungen des Verkehrs im erweiterten Hafengebiet nicht mehr genügt. Trotzdem nun im Laufe des letzten Sommers die älteren Wagen in der Werkstatt der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft umgebaut und mit geräumigeren Wagenkästen ausgestattet sind, ist doch schon zu erkennen, daß die Wagen die Bedürfnisse des Verkehrs nicht befriedigen können. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Wagen auch bei baulichen Regiearbeiten häufig benutzt werden müssen.

Es ist daher die Beschaffung von zehn weiteren Arbeitswagen notwendig. Da es sich um Wagen mit einer ungewöhnlich großen Bodenfläche handelt, so ist es nicht tunlich, ältere vorhandene Wagen anzukaufen, vielmehr wird der Bedarf besonders anzufertigen sein. Die Kosten werden sich auf 25 000 M. belaufen. Für die Lieferzeit sind etwa fünf Monate in Anschlag zu bringen. Für den diesjährigen Herbstverkehr werden die Wagen demnach zur Verfügung stehen.

Die Deputation beantragt,

den Betrag von 25 000 M., der von der Lagerhaus-Gesellschaft zu verzinsen ist, als weitere Rate des Fonds „Erweiterungsbauten im Zollausschlußgebiet“ auf das Separatbudget der außerordentlichen Verwendungen zu bewilligen.

Bremen, den 29. Januar 1908.

Die Deputation für Häfen und Eisenbahnen.

(gez.) **Barthausen.** (gez.) **Krug.**

10. Regulierung der Fichtenstraße.

Der Senat hat die Polizeidirektion mit der gewünschten Anweisung wegen des unnötigen Haltens von Fuhrwerken in der Fichtenstraße versehen. Er trägt jedoch Bedenken, in gleicher Weise Anweisung zu erteilen, einen Teil des zwischen der Fichtenstraße und Stephanikirchenweide sich bewegenden Fuhrwerksverkehrs über das Stephanitorsbollwerk zu leiten, da hieraus, wie die Polizeidirektion berichtet hat, mit Rücksicht auf die daselbst stattfindende Be- und Entladung von Eisenbahn- und Kollfuhrwagen Verkehrsstockungen entstehen würden.

Im übrigen ist die Angelegenheit an die Regulierungsdeputation zur weiteren Veranlassung überwiesen.